

Das Wunder von Berlin

Dr. Erich Schröder

02/2011

In Berlin gibt es so viele Wunder, dass sich kaum noch jemand wundert. Und dann gibt es doch manchmal Momente, wo selbst gestandene Beobachter der Berliner Szene eine Gänsehaut entwickeln.

Hatte nicht Philipp Rösler die GKV-Beitragssätze zum 1.1.2011 wieder erhöht, die Pharmaindustrie geknebelt und die Kliniken in Finanznöte gestürzt, um ein gigantisches für 2011 prognostiziertes Defizit der GKV in Höhe von 11 Milliarden Euro abzuwenden. Und waren dem nicht furchterregende Szenarien (der Krankenkassen, nicht wahr?) vorausgegangen, die mit einer Pleite der GKV den Totalausfall der deutschen Krankenversorgung an die Wand malten?

Und dann geschah es:

Mitte Januar 2011 prognostizierte der Schätzerkreis für die Krankenversicherung, dass die Einnahmen des Gesundheitsfonds die Zuweisungen an die Krankenkassen in diesem Jahr voraussichtlich um satte 6,3 Milliarden Euro übersteigen werden. Die Rasanz dieser Kehrtwende war ebenso verblüffend wie die gelassene Selbstverständlichkeit, mit der das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) sie verkündete.

Wer ist dieser „Schätzerkreis“?

Dem Schätzerkreis gehören Fachleute des BMG, des Bundesversicherungsamtes sowie des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen an. Der Schätzerkreis hat die Aufgabe, die Einnahmen und Ausgabenentwicklung der GKV des laufenden Jahres zu bewerten und auf dieser Grundlage eine Prognose über den erforderlichen Beitragsbedarf des jeweiligen Folgejahres zu treffen. Also letztlich die gleiche Truppe, die die Horrorszenarien entwickelt und die Knebelmaßnahmen beschlossen hat!

Die zusätzlichen Belastungen für Beitragszahler, Pharmaindustrie und Kliniken waren demnach offenbar in erheblichem Umfang überzogen. Gesundheitsminister Rösler (FDP) muss sich fragen lassen, ob es seinen - Ulla Schmidt bei weitem übertreffenden und alle Regeln unserer Marktwirtschaft über den Haufen werfenden - Maßnahmen nicht an jeglicher Verhältnismäßigkeit gefehlt hat. Vermutlich hat er bei der Erörterung der Gesetze die Maßnahmen als „alternativlos“ bezeichnet. „Alternativlos“ wurde zu Recht zum Unwort des Jahres 2010 gewählt. Deutschlands liberale Intelligenz verzweifelt an ihrer politischen Partei – die Umfragen machen es längst deutlich!